

schungskonzept „Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung“ 1982 ausgearbeitet. Im Jahr 1985 wurde ein Symposium über „Aspekte der Nord-Süd-Kooperation Österreichs in Wissenschaft und Forschung“ veranstaltet, dessen Ergebnisse auch publiziert wurden; bei einem Symposium im Rahmen der Nord-Süd-Kampagne des Europarates 1988 im Vienna International Centre fungierte die Kommission als Mitveranstalter. Ein wichtiger Schritt war die erste Erhebung des wissenschaftlichen Kooperationspotenzials in Österreich für Nord-Süd-Zusammenarbeit 1986 (ExpertInnenkartei). Als Unterstützung für mehrere Institutionen im Süden wurden wissenschaftliche Bücherspenden organisiert.

Ein schweres Augenleiden zwang Prof. Schmetterer zu Jahresende 1988, den Vorsitz zurückzulegen. Am 24. August 2004 ist er einem tragischen Unfall zum Opfer gefallen.

### Weitergabe des Vorsitzes an Prof. Löffler (1989–2003)

Zu Beginn des Jahres 1989 wurde der Kommissionsvorsitz an Univ. Prof. Dr. Heinz Löffler weitergegeben. Unter seiner Leitung wurde die Zusammensetzung der Kommission von der primär sozialpartnerschaftlich-ministeriellen Konstruktion der frühen achtziger Jahre bald in Richtung einer deutlich wissenschaftlich ausgerichteten Expertise modifiziert. Zugleich wurden Aufgaben und Funktion der Kommission in Informationsveranstaltungen an Universitäten vorgestellt. Die seinerzeitige Erhebung des universitären wissenschaftlichen Kooperationspotenzials in Österreich für Nord-Süd-Zusammenarbeit wurde 1989 aktualisiert und als Adressendatei verarbeitet. Das Aufgabenfeld der Kommission wurde über die Förderung von Forschungsprojekten hinaus auf die Stimulierung von Postgraduate-Kursen für Angehörige von Entwicklungsländern erweitert und ein entsprechender standardisierter Antrag gemeinsam mit der Österreichischen Rektorenkonferenz ausgearbeitet. Als Pilotmodell wurde ein Postgraduate-Kurs über „Frauenrechte im Rahmen internationaler Instrumente“ gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt finanziert. Darüber hinaus fungierte die Kommission als Mitherausgeber des Handbuches „Studieren – Lehren – Forschen. Österreich und die Dritte Welt“ (Teil Forschung). Zwei weitere öffentliche Tagungen wurden von der Kommission abgehalten: 1996 wurde im Vorfeld der EADI-Generalkonferenz in Wien das Symposium „Entwicklungsländer: Keine Partner für Österreichs Forschung?“ veranstaltet, in dem ein Orientierungsrahmen für partnerschaftliche Projekte vereinbart wurde, sowie gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr und für Auswärtige Angelegenheiten die Tagung „UNCSTD 1979–20 Jahre wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern – Was nun?“ am 20. Oktober 1999.

### Forschungsprojekte, Postgraduate-Kurse und Symposien

### Auswirkungen des EU-Beitritts 1995

In die Funktionsperiode Löfflers fiel auch der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, durch den auch die forschungspolitischen Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern beeinflusst worden sind: einerseits wurden WissenschaftlerInnen von ministerieller Seite nun häufiger auf die Möglichkeit einer Antragstellung im Forschungsrahmenprogramm der EU verwiesen, andererseits bot sich durch die anfangs sehr mäßigen Erfolge der österreichischen Anträge im EU-Forschungsprogramm INCO-DEV eine gute Argumentationsbasis für intensivierte Nachwuchsförderung im Rahmen der Kommissionsprojekte. Trotz

guter Argumente konnte jedoch in wiederholten Vorsprachen und schriftlichen Interventionen bei Entscheidungsträgern weder eine substanzielle Erhöhung der zur Verfügung stehenden Subvention durch das Wissenschaftsministerium, noch eine Kofinanzierung durch das für Entwicklungszusammenarbeit zuständige Außenministerium erreicht werden. Dass beide Ressorts in der Verfolgung von im Grunde gleichen Intentionen getrennte Wege gehen und auf die Separierung ihrer Kompetenzbereiche achten, ist seit ihrer Gründung das gravierendste Defizit der Kommission.

2003 ging der Kommissionsvorsitz auf Univ. Prof. Dr. Gerhard Glatzel über. Inzwischen haben sich – nicht zuletzt durch die zunehmende Übernahme von EU-Standards in operativen Abläufen – die Anforderungen und Erwartungen der heimischen Administration als Subventionsgeber in nicht geringem Maße gewandelt, obwohl die Dotation seitens des Wissenschaftsministeriums nach wie vor unverändert gering ist. Die Kommission für Entwicklungsfragen – inzwischen zum Akronym KEF mutiert – hat sich ein Mission Statement erarbeitet. Statuten und eine Geschäfts- und Wahlordnung geben nun den bis damals flexiblen Beratungsstrukturen eine feste Form, auch das Procedere der Projektbegutachtung wurde normiert. Den geänderten Rahmenbedingungen entsprechend ist die Unterstützung des Vorsitzes durch eine vollbeschäftigte Geschäftsführung professionalisiert worden, was Kapazitäten für verstärkte Initiativen sichert und eine signifikante Ausweitung der Präsenz der Kommission in Netzwerken der Entwicklungszusammenarbeit für wissenschaftliche Diskussionsveranstaltungen und im Internet ermöglicht hat.

Gemessen an den Erwartungen des anlässlich der UNCSTD von der Bundesregierung genehmigten Sechs-Punkte-Programms könnten Spötter behaupten, das Grillparzer'sche Diktum „Das ist der Fluch von unserm edeln Haus: Auf halben Wegen und zu halber Tat mit halben Mitteln zauderhaft zu streben“ passe auf die politische Entscheidung zur Einrichtung der Kommission für Entwicklungsfragen. Dass in Österreich die Realisierung von Maßnahmen zumeist hinter ihrer politischen Verkündung zurückbleibt, kann dieser stets bescheiden gebliebenen Institution aber nicht zum Vorwurf gemacht werden. Sie hat sich in einem nicht immer wohlwollenden Umfeld behauptet und kann rückblickend mit Selbstbewusstsein auf ihre Leistungen verweisen. Und jedenfalls ist sie – innerhalb der jeweiligen Proportionen – im Vierteljahrhundert ihrer Existenz erfolgreicher gewesen als der eigentliche Anlass zu ihrer Gründung: die Konferenz der Vereinten Nationen über Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung – UNCSTD.

**Weitergabe des Vorsitzes  
an Prof. Glatzel  
(2003 bis dato)**

**Einrichtung eines  
KEF-Koordinationsbüros  
und Anstellung einer  
Koordinatorin**

**was von der  
UNCSTD-Konferenz  
geblieben ist**

## Österreichische Publikationen zur UNCSTD

Bundespressedienst (1979) National Paper of Austria for the United Nations Conference on Science and Technology for Development.

BMWF (1979) Forschung – Patentwesen – Technologietransfer. Studie im Auftrag des BMWF aus Anlass der Konferenz der Vereinten Nationen über Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung. Koordination: Sektionschef Dr. W. Grimburg, BMWF, HR Dr. Otto Leberl, Präsident des Patentamtes.

BMWF (1979) Psychological Obstacles to Technology Transfer. Compiled by H. Strotzka.

ACAST (1979) *Case-Studies on the Transfer of Science and Technology for Development*. Austrian Report. International Colloquium on Science, Technology and Society. Needs, Challenges and Limitations. Organised under the Auspices of the United Nations Advisory Committee on the Application of Science and Technology to Development (ACAST). Wien, 50 Seiten.

## Weitere Publikationen

Haselbach, A. (1981) *Die Konsequenzen der Konferenz der Vereinten Nationen über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung für Österreich*. Studie erstellt im Auftrage des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung von Arne Haselbach, Wr.Institut für Entwicklungsfragen (3 Bde.), Wien.

BMWF (1982) Forschungskonzept „Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung“. Wien.

ÖFSE/KEF/BKA (1994) „Studieren – Lehren – Forschen. Österreich und die Dritte Welt“. Informationen für Berater. Hg.: Österreichische Forschungsförderung für Entwicklungshilfe, Bundeskanzleramt, Kommission für Entwicklungsfragen, Wien.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Kongo-Freistaat/Belgisch-Kongo (1960), Französisch-Äquatorialafrika (d. h. die heutigen Staaten Gabun, Republik Kongo, Tschad, Zentralafrikanische Republik) (1960), Französisch-Westafrika (1960), Algerien (1962), Gambia (1960), Goldküste (1957), Nigeria (1960), Sierra Leone (1961), Sansibar (1963), Tanganjika (1961), Britisch-Somaliland (1960), Uganda (1962), Sambia (1964), Kenia (1963), Kamerun (1960)

<sup>2</sup> *Science The Endless Frontier*. A Report to the President by Vannevar Bush. Washington 1945

<sup>3</sup> Siehe: „*Frascati-Manual*“. Proposed Standard Practice for Surveys on Research and Experimental Development, Paris 1963

<sup>4</sup> Official Records of the ECOSOC, 39. Session, Suppl. No. 14, para 1

<sup>5</sup> UNIS/FACTS/32 vom 15. Juni 1979

- <sup>6</sup> AdR: GZ 6303/1-24/78; Mitteilung der Österr. Delegation bei den VN
- <sup>7</sup> Dienstreisebericht des Delegierten des BMWF, DI.Zellhofer, vom 8.2.1979, S. 7f
- <sup>8</sup> Zum Verlauf der Vorbereitungen aus Sicht der US-Delegation siehe:  
Jean M. Wilkowski: *Conference Diplomacy II. A Case Study: The UN-Conference on S&T for Development, Vienna, Austria, 1979*. Hg.: Institute for the Study of Diplomacy, Georgetown Univ., Washington, 1982
- <sup>9</sup> Siehe dazu insbesondere Kapitel 2.5., UNCSTD und Wiener Aktionsprogramm: Follow-up im Kontext der Vereinten Nationen
- <sup>10</sup> AdR; GZ 6303/11-24/78
- <sup>11</sup> AdR:GZ 6303/42-24/79
- <sup>12</sup> IBF aktuell vom 10.Aug.1979, Nr. 3501, S. 1 f
- <sup>13</sup> 6303/41-SL/78 vom 28. Juli 78 (Information für den Bundeskanzler)
- <sup>14</sup> Jean M. Wilkowski: *Conference Diplomacy II. A Case Study: The UN-Conference on S&T for Development, Vienna, Austria, 1979*. Hg.: Institute for the Study of Diplomacy, Georgetown Univ., Washington, 1982, S.7
- <sup>15</sup> UNCSTD-Dokument A/CONF.81/1
- <sup>16</sup> Jean M. Wilkowski: *Conference Diplomacy II. A Case Study: The UN-Conference on S&T for Development, Vienna, Austria, 1979*. Hg.: Institute for the Study of Diplomacy, Georgetown University, Washington, 1982, S.42
- <sup>17</sup> Siehe im Detail: *Wiener Aktionsprogramm für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung*. Konferenz der Vereinten Nationen über Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung. Vereinte Nationen, New York, 1980 (deutsche Übersetzung)
- <sup>18</sup> Vereinte Nationen, Dokument A/CONF.81/16
- <sup>19</sup> AdR: GZ 6303/26-27/80 (Dienstreiseberichte BMfAA und BMWF)
- <sup>20</sup> AdR: GZ 2209/31-21/82
- <sup>21</sup> Resolution der Generalversammlung A/RES/36/183 vom 1.Februar 1982
- <sup>22</sup> AdR: GZ 2209/22-21/81 (Bericht des BMAA)
- <sup>23</sup> AdR: GZ 2209/14-II/SL/81 (Amtsvermerk des BMAA vom 2.3.1981)
- <sup>24</sup> AdR: GZ 2209/28-21/81
- <sup>25</sup> Siehe <http://www.unctad.org/Templates/Page.asp?intItemID=2700&lang=1>
- <sup>26</sup> „Nature“, Vol. 277, 4.Jänner 1979, Seite 1
- <sup>27</sup> AdR; GZ 6303/49-22/79
- <sup>28</sup> Publizierter Redetext. Hg.: BMWF, August 1979
- <sup>29</sup> AdÖAW: Einladungsschreiben vom 9.Jänner 1980, GZ 9792/1-SL/79
- <sup>30</sup> BMWF, Information. Veröffentlichter Redetext, August 1980
- <sup>31</sup> Archiv der ÖAW: Information für die Frau Bundesminister
- <sup>32</sup> Archiv der ÖAW: Protokoll Arbeitskreis 11 vom 1.9.1980 (nachm.)
- <sup>33</sup> Archiv der ÖAW: GZ 50.400/1-SL/80 vom 13.Oktober 1980
- <sup>34</sup> Archiv der KEF: Protokoll der konstituierenden Sitzung vom 18. März 1981



*Gemeinsame Ausbildung von WissenschaftlerInnen aus Europa und Entwicklungsländern – ein zukunftsweisender Weg  
(© Birgit Habermann).*

# Forschungspartnerschaften für Entwicklung: Hintergründe und Ausblick in die Zukunft

*Birgit Habermann und Gerhard Glatzel*

## Zusammenfassung

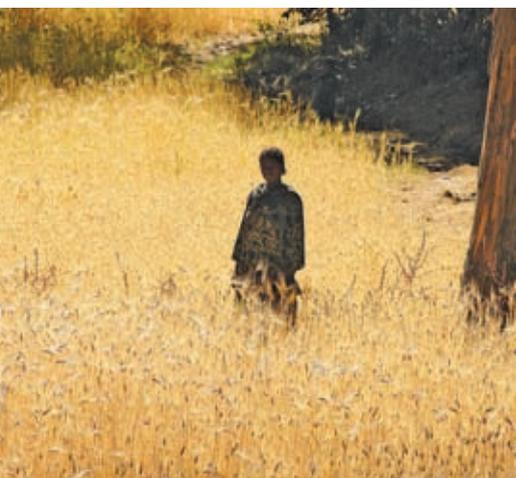
In den 25 Jahren seit der Gründung der KEF hat sich die Welt verändert – Forschung für Entwicklung wird heute in einem völlig anderen Licht gesehen als in den 80er Jahren. Die Abkehr vom Konzept der technologisch-wissenschaftlichen „Hilfe“, insbesondere dem bloßen Transfer von Wissen, sowie die Betonung von gleichberechtigter Partnerschaft zwischen Nord und Süd mit der Komponente „Human Capacity Building“ kennzeichnen diese Jahre. Die Kommission für Entwicklungsfragen bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften arbeitet seit nunmehr 25 Jahren daran, den gleichberechtigten Zugang zu wissenschaftsbasierten Entscheidungshilfen zu stärken. Dies geschieht einerseits durch Bewusstseinsarbeit bei der österreichischen Wissenschaftsgemeinde und andererseits durch materielle Unterstützung von Forschungspartnerschaften zwischen österreichischen WissenschaftlerInnen und wissenschaftlichen PartnerInnen im Süden. Da die KEF bisher nur vom BMBWK mit vergleichsweise geringen Budgetmitteln unterstützt wird, steht die Erschließung neuer Finanzquellen für wissenschaftliche Entwicklungskooperationen mit höchsten Qualitätsansprüchen an vorderster Stelle der Prioritätenliste der KEF. Bildung und Wissenschaft sind unabdingbare Voraussetzungen für nachhaltige und gerechte Entwicklung, ohne die der bloße Transfer von materiellen Ressourcen von Reich zu Arm leider allzu oft wirkungslos bleibt.

*Foto 1: Momo Soumah und Roland Linzner vom Projekt LPCC Guinee, einer von der KEF mitfinanzierten Projektpartnerschaft zwischen der Universität für Bodenkultur und dem guineischen Landwirtschaftsministerium, bei einem Projekttreffen in Guinea (© Erwin Binner).*



## Entwicklung braucht Wissenschaft – braucht Wissenschaft Entwicklung?

*Foto 2: Bedarfsorientierte, partizipative Wissenschaft kann Lösungen finden um zur Armutsbekämpfung beizutragen: in Äthiopien ist der Bedarf nach wie vor groß (© Gerhard Glatzel).*



Im „Atlas der Weltverwicklungen“ (Welthaus Bielefeld, 2001) wird „Wissen“ als immaterielles Gut definiert, dem nach allgemeiner Überzeugung eine zentrale Bedeutung für die zukünftige Entwicklung zukommt: „Der Wissenserwerb und die Fortentwicklung unseres Wissens sind ein entscheidender Produktionsfaktor, doch auch in diesem Bereich zeigt sich das bekannte Nord-Süd-Gefälle.“ In den sogenannten Entwicklungsländern leben derzeit zwar 78 % der Weltbevölkerung, allerdings nur 28 % der ForscherInnen und WissenschaftlerInnen auf der ganzen Welt (UNESCO, 2001). 85 % der Forschungsausgaben werden in den Industrieländern getätigt, 10 % in Indien, China und Ostasien, und nur 4–5 % bleiben für die übrigen Länder (KFPE, 2001). Mit Ausnahme einiger ostasiatischer Länder haben die meisten Entwicklungsländer Ausbildungsmaßnahmen in Wissenschaft und Technologie nur einen geringen Stellenwert beigemessen (Calestous und Yee-Cheong, 2005). Der Aufbau personeller, institutioneller und struktureller Kapazitäten im Bereich der Wissenschaft und Forschung ist jedoch eine wesentliche Voraussetzung für die Mitgestaltung eines nachhaltigen Entwicklungsprozesses des Südens und des Nordens (Weltwissenschaftskonferenz, 1999).

Auch wenn höhere Bildung in Entwicklungsländern zusehends an Bedeutung gewinnt, bedürfen Verbesserungen im Bildungsbereich auch entsprechender Begleitmaßnahmen im Wirtschaftssektor, sodass AbsolventInnen ihre erworbenen Fähigkeiten zur Anwendung bringen können (Calestous und Yee-Cheong, 2005). In vielen Entwicklungsländern sind Universitäten beeinträchtigt von unklaren Mandaten und sehr begrenzten finanziellen Mitteln. Sie verfügen nicht über die Ressourcen und die notwendige Flexibilität, um die grundsätzlichen Bedürfnisse zu decken oder Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen. Universitäten können zum Entwicklungsprozess auf vielfältige Weise beitragen – sie können unternehmerische Aktivitäten ausführen, um regionale oder nationale wirtschaftliche und soziale Leistungen zu verbessern; sie können in direkten Kontakt mit der Öffentlichkeit treten und dabei Wissen über soziale Bedürfnisse erwerben und in der Folge ihre Forschungsaktivitäten darauf abstimmen. (Calestous und Yee-Cheong, 2005)



Die Wissenschaftler Fodé Sylaa und Momo Soumah vom Projekt LPCC Guinee bei Laborarbeiten in Wien: In einer Forschungspartnerschaft muss Wissensaustausch auf beiden Seiten stattfinden (© Erwin Binner).

*Foto 3: Die Wissenschaftler Fodé Sylaa und Momo Soumah vom Projekt LPCC Guinee bei Laborarbeiten in Wien: In einer Forschungspartnerschaft muss Wissensaustausch auf beiden Seiten stattfinden (© Erwin Binner).*

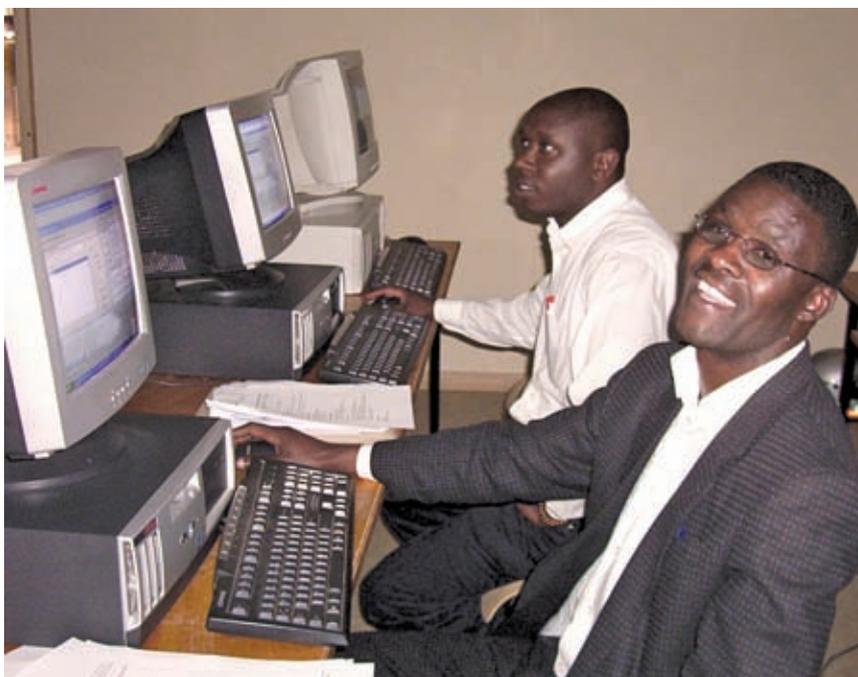
Wissenschaft und Forschung tragen wesentlich zu einer nachhaltigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Entwicklung bei. Dazu bedarf es entsprechender Unterstützung, sowohl die Infrastruktur als auch die finanzielle Ausstattung betreffend, um die notwendigen Voraussetzungen für ein funktionierendes akademisches System zu schaffen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass es nicht reicht, in den primären Bildungssektor zu investieren. Die Vernachlässigung des universitären Sektors und eine mangelhafte Hochschulpolitik hat in den Ländern des Südens bereits zu drastischen Schwierigkeiten geführt, u. a. ist es zu einer starken Abwanderung von qualifizierten Fachkräften in besser gestellte Länder und Industrieländer gekommen. Die Qualifikation des Lehrpersonals für den primären und sekundären Bildungssektor hängt ebenfalls unmittelbar von der Qualität der Hochschulbildung ab. Die schlechte Situation der akademischen Einrichtungen beeinflusst die Qualität der Lehre und des Unterrichts in allen Bereichen.

Insbesondere im Forschungsbereich haben die letzten 25 Jahre enorme Veränderungen mit sich gebracht – Forschungsergebnisse werden schneller publiziert als früher und sind zudem in den Industrieländern leichter zugänglich geworden. Die veränderten Kommunikationsstrukturen erfordern schnelle Antworten, und interaktive Webseiten verbreitern das Informationsangebot ständig. In diese Entwicklungen müssen die Länder des Südens mit ihren Kompetenzen mit eingebunden werden. Bei entsprechender Planung und Bündelung von Ressourcen könnte eine bessere Ausnutzung des Potenzials neuer Informationstechnologien im akademischen Bereich zu mehr Kohärenz und Flexibilität führen. Allzu oft investieren mehrere Universitäten und Forschungsorganisationen in überlappende Forschungsbereiche und konkurrieren unbewusst anstatt einander zu ergänzen.

*Foto 5: Lebenslanges Lernen: Wissenschaftler an der Universität Egerton in Kenya machen sich mit Computerprogrammen zur Erfassung und Analyse von lokalem Wissen im biologischen Landbau vertraut (© Birgit Habermann).*



*Foto 4: An lokale Verhältnisse angepasst werden Forschungsergebnisse umgesetzt: Mais und Crotalaria spp. zur Steigerung der Bodenfruchtbarkeit, on-farm test and demonstration trial in Western Kenya, von ICIPE betreut, anwendbar für ‚organic farming‘ (© Michael Hauser, Universität für Bodenkultur).*



zen – es mangelt an Möglichkeiten zu informellem, unbürokratischem Informationsaustausch sowohl auf institutioneller als auch auf individueller Ebene. Ähnliche Probleme tauchen bei der Anbahnung von Projekten und Forschungspartnerschaften auf – durch geographische Nähe und verbesserte Informations- und Kommunikationstechnologien ist in Europa die institutionelle Arbeit wesentlich vereinfacht worden. Partnerinstitutionen in Entwicklungsländern sind hier leider häufig noch im Nachteil – die durch die Infrastruktur bedingte unterschiedliche Geschwindigkeit und Form der Kommunikation zwischen den ProjektpartnerInnen im Norden und Süden führt nach wie vor zu einer Benachteiligung und mangelnden Beteiligung der Südpartner schon in der Projektplanung, was viele Projekte von vornherein zum Scheitern verurteilt. Ein wichtiges Ziel im akademischen Bereich ist es daher, eine verbesserte Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien anzustreben. Durch flexiblere Strukturen bieten sich auch mehr Chancen für WissenschaftlerInnen des Südens, mehr am globalen Wissensmarkt mitmischen zu können, ihre Forschungsergebnisse zu verbreiten und am internationalen Diskurs teilzunehmen. Eine Öffnung nach außen und mehr Publikations- und Projektaktivitäten in internationaler Zusammenarbeit in allen Forschungsbereichen würde mehr Institutionen im Süden ein besseres „scientific standing“ und damit auch mehr Zugang zu finanziellen und personellen Ressourcen bieten, um am globalen Wissensmarkt als gleichwertige Partner mitmischen zu können.

## Exotischer Wissenschaftstourismus oder ehrliche Projektpartnerschaft?

### Ein Blick in Vergangenheit und Zukunft

Um die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Wissenschaft und EZA zu verdeutlichen, ist es einerseits erforderlich, die engen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Ländern und Gesellschaften des Nordens und des Südens aufzuzeigen, andererseits ist es auch unerlässlich, eine Korrektur der gängigen Vorstellungen von Gesellschaft, Kultur und Menschen in Entwicklungsländern vorzunehmen. Begriffe, die nach wie vor problematisch erscheinen, jedoch häufig auch in Zusammenhang mit Forschungspartnerschaften in unreflektierter Weise verwendet werden, sind z. B. „Entdeckung“, „Entwicklung“ und „Technologietransfer“. Diese Problematik lässt sich gut am Beispiel des Begriffs „Entdeckung“ erklären. Entdecken lässt sich nur, was schon vor und unabhängig von der Entdeckung existiert hat. Jedoch sind viele sogenannte „Erstentdeckungen“ nur aus rein europäischer Sicht erkennbar – Berge, Flüsse, Tier- oder Pflanzenarten, ganze Völker wurden von EuropäerInnen „entdeckt“ und benannt, obwohl sie der lokalen Bevölkerung keineswegs unbekannt waren (vgl. Ansprenger, 2004; Faschingeder, 2001; Nuscheler, 2005).



Foto 6 und ...



Es handelt sich um eine rein eurozentrische Sichtweise, die anderen Kulturen die Fähigkeit des Erkennens und Beschreibens abspricht und sie damit zu „Unwissenden“ erklärt. Ihr Wissen entspricht nicht europäischem Verständnis und wird somit als wertlos betrachtet. Andererseits wurde indigenes Wissen häufig dokumentiert und für wissenschaftliche und kommerzielle Zwecke genutzt, ohne die geistigen Urheberrechte der „InformantInnen“ zu berücksichtigen. Leider setzt sich diese Praxis bis in die heutige Zeit fort. Es gibt aber auch Bestrebungen, dieses existierende Wissen als „ethnoscience“, „local/indigenous knowledge“ sichtbar zu machen, und viele indigene „communities“ fordern zusehends ihre Rechte gegenüber Konzernen ein.

*... Foto 7: In Äthiopien, einem Schwerpunktländ der OEZA, bestimmen auch im Jahr 2006 gravierende soziale, politische, wirtschaftliche und ökologische Probleme den Alltag der Menschen (© Gerhard Glatzel).*



*Foto 8: Lokales Wissen umfasst traditionelle und innovative Werte – beides muss jedoch respektiert und im Eigentum der lokalen Bevölkerung rechtlich verankert werden: Dorfbewohner in Laos bei einem Meeting im Rahmen des Collaborative Livelihoods Appraisal and Development (CLAA) approach (© Michael Hauser, Universität für Bodenkultur).*



*Foto 9: Die beiden österreichischen Forscher Philipp Paulitschke und Dominik Kammel Edler von Hardegger mit Begleitern auf einer Exkursion nach Ost-Äthiopien 1884–85*

*(Quelle: Geographische Erforschung der Adal-Länder und Harars in Ost-Afrika. Mit Rücksicht auf die Expedition des Dr. med. Dominik Kammel Edlen von Hardegger, Leipzig 1888).*

Allzu oft wurden und werden Menschen in diesen Ländern auch als „überfordert“ gesehen. Daher müsse man ihnen „helfen“, „richtige“ Entscheidungen zu treffen – ein Konzept, das auch in der Geschichte Europas immer wieder verwendet wurde, um autoritäre Strukturen zu rechtfertigen. Diese Denkweise reicht lange zurück in die Geschichte der ersten europäischen Reisenden und lässt sich gut am Beispiel Afrikas erklären: Seit dem 15. Jahrhundert bereisen europäische Gelehrte ferne Länder. Waren dies in den ersten Jahrhunderten fast ausschließlich Männer und Entsandte der großen Seemächte wie Portugal, Spanien, England und Italien, so waren es im 19. Jahrhundert zusehends mitteleuropäische und auch weibliche Forschungsreisende, die die Länder Afrikas aus verschiedenen Motiven heraus kennen lernen wollten; diese reichten von militärisch/kolonialistischen, wissenschaftlichen und religiösen Motiven bis zu rein ideologischen Ansätzen und purer Entdecker- und Abenteuerlust (vgl. Ansprenger, 2004).

Die Weltwirtschaftskrise und der erste Weltkrieg führten zu einschneidenden geopolitischen Veränderungen und Machtverschiebungen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts widmeten sich viele Reisende, auch zahlreiche Forschungsreisende aus Österreich, der Kartierung des afrikanischen Kontinents. Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts war Afrika aus Sicht der Kolonialmächte geordneten Herrschaftsstrukturen unterworfen: Afrika war in Kolonien aufgeteilt (ausgenommen Äthiopien und Liberia) und wurde zusehends als Besiedlungsland für europäische Auswanderer wahrgenommen. Hinter den Kulissen der offiziellen Kolonialherrschaft herrschte jedoch Chaos und Gewalt, und in dieser Zeit wurde die Grundlage für viele bis heute andauernde Konflikte gelegt.

Zusehends kam es in Folge des 1. Weltkriegs zu dauerhaften Ansiedlungen europäischer Kolonisierer, die im kolonialen Afrika im Stil europäi-

scher AristokratInnen und GroßbürgerInnen lebten. Im Austausch mit Intellektuellen der Kolonialländer entwickelten sich gerade dadurch verstärkt afrikanische Befreiungsbewegungen – auch hier spielte der Kontakt zwischen Gelehrten und Intellektuellen auf beiden Seiten eine nicht unwesentliche Rolle.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlangten viele Kolonien die Unabhängigkeit. Allerdings fiel es insbesondere afrikanischen Staaten schwer, sich vom Kolonialismus zu erholen. Während die jungen afrikanischen Staaten mit verschiedensten politischen Systemen, schwachen intellektuellen Eliten und kaum eigenständigen Forschungsinstitutionen konfrontiert waren, entwickelte sich in Europa zusehends auch eine starke wissenschaftsbasierte Gesellschaft.

International wurden damals wichtige internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen gegründet, die auch für die Wissenschaft von entscheidender Bedeutung sein sollten. Die Welt wurde im Kontext der politischen Blockbildung nach dem Zweiten Weltkrieg erstmals in „Erste“ und „Zweite“ Welt eingeteilt, und durch den damaligen Präsidenten der USA, Harry S. Truman, wurde der Begriff der „unterentwickelten Gebiete“ geprägt: in einer Rede vor dem Kongress formulierte er am 12. März 1947 das politische Leitbild, das bald als Truman-Doktrin bekannt wurde: *„Ich glaube, es muß die Politik der Vereinigten Staaten sein, freien Völkern beizustehen, die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetzen. Ich glaube, wir müssen allen freien Völkern helfen, damit sie die Geschicke auf ihre Weise selbst bestimmen können. Unter einem solchen Beistand verstehe ich vor allem wirtschaftliche und finanzielle Hilfe, die Grundlage für wirtschaftliche Stabilität und geordnete politische Verhältnisse bildet.“* (Wikipedia, 2006b). Der Begriff Dritte Welt (von frz. tiers-monde) wurde 1952 vom französischen Demographen Alfred Sauvy geprägt: in seinem Artikel „Trois mondes, une planète“ im *L'Observateur* vom 14. August 1952 entwickelte er den Ausdruck analog zum Dritten Stand (frz. tiers-état) (Wikipedia, 2006c). Frantz Fanon setzte in seiner 1961 veröffentlichten Schrift „Die Verdammten dieser Erde“ die Dritte Welt mit der kolonialisierten, unterentwickelten Welt gleich – somit war Dritte Welt vom Begriff der blockfreien Staaten, die sich abgrenzend vom Ost-West-Konflikt dritter Block nannten, zum Synonym für Entwicklungsländer geworden (Wikipedia, 2006c).



Foto 10: Emmy Bernatzik, die Frau von Hugo Adolf Bernatzik, bei den Bidyogo in Westafrika (Guinea-Bissau). Bernatzik, Hugo (1897–1953) war Ethnologe und untersuchte auf zahlreichen Forschungsreisen die Ursachen des rapiden Bevölkerungsrückgangs der kolonisierten Naturvölker und riet zu einer Verwaltungspolitik, die die Eigenart der Eingeborenen stärker berücksichtigt (Quelle: *Im Reich der Bidyogo*, Wien 1944).

Foto 11: Bis in die heutige Zeit werden Menschen v. a. in Afrika vornehmlich als hilfsbedürftig, ‚unterentwickelt‘ und rückständig wahrgenommen. Dieses Bild zu berichtigen ist auch Aufgabe der Wissenschaft (© Gerhard Glatzel).



Infolge der Erschütterung des europäischen Weltbilds durch den Holocaust und den zweiten Weltkrieg entstand in den 60er Jahren schließlich eine zivilgesellschaftlich geprägte Bewegung, die sich dem Solidaritätsgedanken in der eigenen und globalen Gesellschaft in unterschiedlicher Form widmete. Parallel zu den veränderten geopolitischen Machtverhältnissen veränderte sich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg das Bild des animalisch bis kurios wahrgenommenen „Wilden“ graduell zum Begriff eines „unterentwickelten, hilfsbedürftigen Dritte-Welt-Menschen“ in der Wahrnehmung eines Großteils der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft. Daraus ergaben sich neue Perspektiven und Formen der zunächst „Entwicklungshilfe“ genannten Entwicklungszusammenarbeit, die vollkommen andere Herausforderungen an die Wissenschaft stellten (vgl. De Abreu Fialho Gomes et al., 2003; Faschingeder, 2001).

Die Wissenschaft sah sich neben der Erforschung des „Unbekannten“ (vornehmlich in den Disziplinen Ethnologie, Botanik und Zoologie, Geographie, etc.) nun auch mit dem Auftrag konfrontiert, die technischen Errungenschaften des Westens, vor allem im Agrarsektor, dem „unterentwickelten“ Süden verfügbar zu machen. Große internationale Forschungszentren wurden gegründet. Expeditionen, wissenschaftliche „fact finding missions“, groß angelegte Forschungsprogramme mit Beteiligung internationaler Organisationen sollten durch Ankurbelung der Nahrungsmittelproduktion (Green Revolution) mit westlichen Technologien die Menschheit ernähren helfen. Dies beschäftigte eine ganze Generation von ForscherInnen in Nord und Süd. Zusehends wurde in dieser Zeit auch das Engagement von weiblichen Wissenschaftlerinnen in der EZA akzeptiert, und Genderfragen gewannen in der Forschung an Bedeutung.

Diese Phase war von europäischer Seite teils durchaus noch vom Gedanken des „Entdeckens“ und der Abenteuerlust getrieben („Wissenschaftstourismus“).

Viele WissenschaftlerInnen sahen sie sich auch als eine Art „wissenschaftliche Missionare“ vom christlichen Hilfsgedanken dazu veranlasst, die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und Forschungszentren im Süden zu suchen, um die Not und das Leid der „Dritten Welt“ zu lindern.

Die Phase von der Nachkriegszeit bis zu den 90er Jahren war geprägt von der Ma-



*Foto 12.1: Landwirtschaftliche Versuchsstationen, wie die 1967 gegründete Internationale Agrarforschungsanstalt IITA (The International Institute of Tropical Agriculture), haben auch heute noch hohe Zielsetzungen. So lautet der Slogan von IITA 'Working to enhance food security, income and the well-being of people in Sub-Saharan Africa.'*  
(© Birgit Habermann).

nifizierung des Neoimperialismus, dessen Strategien mit Modernisierungstheorien im Sinne des technologischen Wissenstransfers einhergingen: Transfer von im Westen entwickelten Technologien wurden als Mittel zur „Entwicklung“ im westlichen Sinne gesehen. Im Gegensatz dazu erklärten die wesentlich kritischeren Dependenztheorien aus dieser Zeit bereits, wie diese Art des fortgesetzten Imperialismus wiederum neue und alte Abhängigkeiten erzeugt und verstärkt. Es wurde zusehends stärker Augenmerk auf soziokulturelle Zusammenhänge und Rahmenbedingungen gelegt und dabei auch die Sinnhaftigkeit der kostenintensiven und vom Ehrgeiz westlicher WissenschaftlerInnen getriebenen, oft sehr einseitigen technologisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit immer mehr in Frage gestellt.

Spätestens in den 90er Jahren war daher klar, dass diese Art der Forschungspartnerschaft keine nachhaltigen Lösungen für die globalen Probleme und fortbestehenden Ungerechtigkeiten bringen würde. Menzel postulierte Anfang der 90er Jahre das „Ende der Dritten Welt“ und „das Scheitern der großen Theorien“ (Faschingeder, 2001; Menzel, 1991 und 1992a).

Mit dem Ende des Kalten Krieges trat auch die Entwicklungszusammenarbeit in eine neue Phase, und die geopolitischen Interessen wurden wiederum definiert. Diese Entwicklungen und der kritische Diskurs der 90er Jahre führten zu einem Paradigmenwechsel, der sich auch auf die wissenschaftliche Zusammenarbeit auswirkte. Die bereits in den 70er Jahren entstandenen Konzepte von Forschungspartnerschaften und institutioneller Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Basis bei vermehrtem beiderseitigem Austausch von WissenschaftlerInnen fanden zusehends Anerkennung. In Mitteleuropa wurden diese Ideen sowohl von der KEF wie auch von ihrer schweizerischen Schwesterorganisation, der Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern (KFPE), als Leitkonzepte der wissenschaftlichen Zusammenarbeit angenommen. Die KFPE publizierte 1998 als wichtigsten Meilenstein die 11 Prinzipien im „Leitfaden für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern“ (KFPE, 1998). Wenn diese Leitlinien von WissenschaftlerInnen auf beiden Seiten ernst genommen werden, dann ist ein wichtiger Schritt in der gegenseitigen Anerkennung als gleichberechtigte Menschen, gleichberechtigte und intellektuell ebenbürtige ForscherInnen getan.



*Foto 12.2: Ein australischer Agroforstwirt betrachtet mit Erstaunen Grevillea robusta-Setzlinge in einer Baumschule in Meru, Kenya. Die anpassungsfähige und schnellwüchsige Grevillea robusta stammt ursprünglich aus Australien und ist in Meru mittlerweile zur Hauptbaumart geworden (© Birgit Habermann).*

## Entwicklung der KEF: altbewährt und auf neuen Wegen in die Zukunft

Die KEF besteht seit dem Jahr 1981. Nach der UN-Konferenz „Science and Technology for Development“, die 1979 in Wien getagt hat, wurde die KEF als „österreichische Maßnahme“ in Folge der Konferenz eingerichtet. Ursprünglich als Beratungsorgan für das Wissenschaftsministerium konzipiert, wurde die Kommission bald bei der ÖAW angesiedelt.

Die Zusammensetzung der KEF-Mitglieder erklärt sich aus dem historischen Kontext der stark sozialpartnerschaftlich geprägten 80er Jahre. Da sich die Struktur bewährt hat, setzt sich die KEF nach wie vor aus von den FördergeberInnen entsandten Mitgliedern, wissenschaftlichen Mit-

gliedern (Mitglieder aus Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen), Mitgliedern aus dem Bereich der EZA und der internationalen Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung und sonstigen Mitgliedern zusammen. Diese inhaltliche Breite ermöglicht es der KEF, an der Schnittstelle zwischen den verschiedenen Interessensgruppen aktiv zu sein.



Foto 13: Prof. Ludwig Schmetterer 1987  
(Quelle: Mathematisches Forschungsinstitut Oberwolfach GmbH, Prof. Konrad Jacobs).

Gründer und erster Vorsitzender der KEF war Prof. Leopold Schmetterer: *„Sein persönliches Engagement für Entwicklungsfragen führte ihn zur Teilnahme an der großen UN-Konferenz „Science and Technology for Development“ 1979 in Wien und im folgenden Jahr zu einer zweiwöchigen Klausurtagung in Alpbach, in der österreichische Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen der Konferenz beraten worden sind. [...] Als prioritäre Aufgabe der KEF erklärte Prof. Schmetterer zu Beginn die Erarbeitung eines Konzepts für einen Forschungsschwerpunkt „Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung“, das 1982 publiziert worden ist. Als Vertreter Österreichs im 28 Mitglieder umfassenden UN-Advisory Committee for Science and Technology for Development nahm er mehrmals an dessen Beratungen in New York teil. [...] Neben der Ausarbeitung der strategischen Orientierung hat die KEF unter seinem Vorsitz mehr als 50 Projektvorschläge für Forschungsvorhaben mit Partnern in Entwicklungsländern beraten und die besten davon auch finanziert. Über die finanzielle Förderung hinaus war es auch sein Anliegen, die wechselseitige Information zwischen Ministerien, Forschungseinrichtungen und internationalen Organisationen im Wege der KEF zu fördern und entsprechende Aktivitäten zu koordinieren. Anlässlich des Symposiums „Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung“ am 21. Jänner 1985 formulierte er folgenden immer noch zeitgemäß gebliebenen Appell: „Es bleibt zu hoffen, dass der ‚Kern‘ von entwicklungspolitisch interessierten, kooperationsbereiten Wissenschaftlern, der sich zu diesem Symposium eingefunden hat, gemeinsam mit seinen Partnern in der Verwaltung auch in Hinkunft – und verstärkt – sich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt und ihren ungeheuren Problemen zuwendet und damit zur internationalen Kooperation in Wissenschaft und Forschung – nicht nur entlang der geographischen Breitengrade – beiträgt.“ (Schurawitzki, 2004)*

Weitere Aktivitäten in seiner Amtsperiode waren:

- 1982: Ausarbeitung eines Forschungskonzepts „Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung“
- 1985: Veranstaltung eines Symposiums über Aspekte der Nord-Süd-Kooperation Österreichs in Wissenschaft und Forschung; Publikation der Ergebnisse
- 1986: Erhebung des wissenschaftlichen Kooperationspotenzials in Österreich für Nord-Süd-Zusammenarbeit („Expertenkartei“)
- 1988: Mitveranstaltung eines Symposiums im Rahmen der Nord-Süd-Kampagne des Europarates.

Aus gesundheitlichen Gründen legte Prof. Schmetterer sein Amt im Jahr 1989 zurück. Ihm folgte der international erfahrene Limnologe Prof. Heinz Löffler, der sowohl in Österreich als auch weltweit über ein ausgezeichnetes Kontaktnetzwerk verfügte. Er konnte damit der KEF viele nützli-

che Dienste erweisen. In seiner Amtsperiode wurde die Projektförderung etabliert, und zahlreiche Projekte wurden auf sehr effektive Weise abgewickelt. Die KEF engagierte sich auch für die Entwicklung von Postgraduate-Kursen für Studierende aus Entwicklungsländern und für die Ausarbeitung eines entsprechenden standardisierten Antrags gemeinsam mit der Österreichischen Rektorenkonferenz. Ein Postgraduate-Kurs über „Frauenrechte im Rahmen internationaler Instrumente“ in Burgschlaining wurde gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt finanziert.

Dr. Reinhard Schurawitzki (bis 1989 Ressortvertreter des BMBWK in der Kommission) stand Prof. Löffler als nebenberuflicher Sekretär zur Seite, teils vom jetzigen BMBWK in seiner Funktion im Ministerium damit beauftragt, großteils aber in ehrenamtlicher Tätigkeit. Beide haben sich in ihrer gemeinsamen Amtsperiode von 1989 bis 2003 sehr um die KEF bemüht. Sie haben bei äußerst sparsamer Finanzgebarung und geringer politischer Unterstützung die KEF kontinuierlich weitergeführt. Höhepunkte ihrer Tätigkeit waren u. a.:

- 1989: Erhebung des universitären wissenschaftlichen Kooperationspotenzials in Österreich für Nord-Süd-Zusammenarbeit
- 1994: Herausgabe des Handbuches „Studieren – Lehren – Forschen. Österreich und die Dritte Welt“ (Teil „Forschung“) gemeinsam mit dem BM für Auswärtige Angelegenheiten (BMAA) und der Österreichischen Forschungstiftung für Entwicklungshilfe (ÖFSE).
- 1996: Veranstaltung des Symposiums „Entwicklungsländer: Keine Partner für Österreichs Forschung?“ im Vorfeld der EADI-Generalkonferenz 1996 in Wien
- 1999: Mitveranstaltung der Tagung „UNCSTD 1979–20 Jahre wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern – Was nun?“ am 20. Oktober 1999 (gemeinsam mit BMWV und BMAA).

Ende 2003 übergab Prof. Löffler die Amtsführung an Prof. Gerhard Glatzel, Waldökologe und langjährig engagiert in der Betreuung von Studierenden aus Entwicklungsländern. Mit seinem Vorsitz und einer neuen Kooperationsvereinbarung begann eine neue Phase der KEF. Erstmals wurde das Büro der KEF mit der Stelle einer Koordinatorin besetzt, und die Mitgliederzusammensetzung der Kommission änderte sich ebenfalls: zu den weiterhin aktiven Mitgliedern kamen etwa ein Drittel neue Mitglieder hinzu, da durch die Umstrukturierung und den damit vermehrten Arbeitsaufwand für die Mitglieder einige Vakanzen entstanden waren. Bei den neuen Mitgliedern wurde besonders Wert auf die Aufnahme von weiblichen Mitgliedern und mehr VertreterInnen aus dem Bereich der Wirtschafts-, Geistes- und Sozialwissenschaften gelegt, um eine ausgeglichene Vertretung verschiedener Fachrichtungen in der KEF zu ermöglichen.

Die so erneuerte KEF konnte mit einem bereits im Kooperationsvertrag BMBWK/ÖAW enthaltenen *Mission Statement* in eine neue Phase eintreten. Zunächst stand die Reorganisation und Schaffung von mehr Transparenz im Handeln und Entscheiden im Vordergrund, danach konnte die KEF den Schritt nach außen wagen. Die Kommission für Entwicklungsfragen hat sich seit ihrer Reorganisation 2003/2004 wesentlich stärker



Foto 14: Prof. Heinz Löffler  
(Quelle: KIÖS).



Foto 15: Prof. Gerhard Glatzel  
2006 (© Isolde Glatzel).

Foto 16: KEF-Klausur im Juni 2005 in Klosterneuburg (Quelle: KEF).



als aktiver wissenschaftlicher Partner sowohl in der OEZA als auch international profiliert. Dies wurde durch vermehrte Bewerbung der Aktivitäten der KEF in der Öffentlichkeit (Rundschreiben und Presseausendungen; durch Diskussionsrunden und öffentliche Veranstaltungen der KEF; durch aktive Teilnahme an internationalen Netzwerken und Diskussionsforen) und durch eine Erweiterung und erhebliche qualitative Verbesserung der KEF-Forschungspartnerschaften erreicht. Das öffentliche Interesse an der Arbeit der KEF tritt insbesondere bei den bisher sehr gut besuchten Veranstaltungen zutage, wie auch bei der Nachfrage nach dem Informationsangebot (Newsletter, Webseite, Beratungsgespräche, ...) und den Kontakten zu internationalen Organisationen.

Wissenschaftliche Arbeitsschwerpunkte der KEF konzentrieren sich derzeit auf

### Bei folgenden Veranstaltungen war die KEF 2004–2006 Veranstalter oder Mitveranstalter:

- 22. Juni 2004: Mitveranstaltung der Tagung „Wissenschaft und Forschung für nachhaltige Entwicklung. Ein Beitrag zum Capacity Development?“ (gemeinsam mit ÖFSE, Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Universitäten)
- 7. April 2005: KEF Gesprächsrunde mit dem Institut für Cooperation bei Entwicklungs-Projekten (ICEP)
- 15. Juni 2005: KEF Gesprächsrunde mit Sektionsleiterin Dr. Freudenschuss-Reichl, Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten (BMAA)
- 29. November 2005: KEF MDG+5 Workshop „A critical look at the role of research in achieving the Millennium Development Goals“, gemeinsam mit Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft (BMLFUW), Österreichischer Austauschdienst (ÖAD), Österreichische Forschungstiftung für Entwicklungshilfe (ÖFSE), Research for Development Forum (DEV-FORUM) und Vienna Institute for Development and Cooperation (VIDC)
- 26. Jänner 2006: KEF Veranstaltung „Innovation, Investition und Erfolg: (k)ein Widerspruch zu Entwicklung? Innovative Umwelttechnologien österreichischer Unternehmen und Wissenschaft in Entwicklungsländern“, gemeinsam mit Austrian Development Agency (ADA) Plattform Wirtschaft und Entwicklung, ÖFSE, respACT Austria, Wirtschaftskammer Österreich
- 31. März 2006: Mitveranstaltung der Tagung „Promoting coherence: tools, mechanism and ways to put coherence into practice“, gemeinsam mit European Association of Development Research and Training Institutes (EADI), ÖFSE und VIDC
- 11. Mai 2006: KEF Veranstaltung „EU-Lateinamerika: Wissenschaft-Wirtschaft-Politik. Knowledge sharing und human capacity building in der wissenschaftlich-wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ (gemeinsam mit dem Lateinamerika-Institut).



Foto 17 und 18: KEF-MDG+5-Workshop am 29.11.2005 an der ÖAW. Dr. Hannah Akuffo von der Schwedischen Forschungsabteilung für Entwicklungszusammenarbeit SAREC regte mit ihrem Vortrag an Diskussionen an (© fotodienst/Anna Rauchenberger).

(1) Fragen der Projektevaluierung (Monitoring und Evaluierung im Bereich Forschung für Entwicklung); (2) Zwischenevaluierung der ersten 5 Jahre nach der „Millennium Declaration“ (Rolle der Forschung in der Erreichung der Millenniumentwicklungsziele) und (3) Kooperation Wirtschaft-Wissenschaft-Entwicklungszusammenarbeit (Kriterien und Richtlinien zur Auswahl und Bewertung von Projektpartnerschaften).

Die KEF hat bereits 2004 einen eigenen Kriterienkatalog zur ex-ante Projektevaluierung ausgearbeitet, der im Jahr 2005 mehrmals kritisch diskutiert wurde. Im Rahmen des Schwerpunkts „Monitoring und Evaluierung im Bereich Forschung für Entwicklung“ wurde auch eine Studie zu Projektevaluierungen anhand von zwei Projektbeispielen der KEF durchgeführt. Im Herbst 2005 wurde der Evaluierungsvorgang erneut diskutiert und schriftlich festgehalten und befindet sich seither laufend im Entwicklungs- und Diskussionsprozess. Es müssen eigens angepasste Bewertungskriterien und -prozesse gefunden werden, da Forschung für Entwicklung andere Voraussetzungen mit sich bringt als z. B. Grundlagen- oder Innovationsforschung.

Die zunehmende Zahl global relevanter Problemstellungen in Entwicklungsländern verlangt eine stärkere Involvierung der Wissenschaft in die Entwicklung nachhaltiger Lösungsansätze (HIV, Malaria und andere epidemische Erkrankungen, Gleichstellung der Frauen, Migration, Friedens- und Konfliktforschung, Desertifikation, Entwaldungsproblematik, Bodenerosion, Flutkatastrophen ...). Partnerländer in der Entwicklungszusammenarbeit dürfen aber kein Experimentierfeld für westliche WissenschaftlerInnen sein. Die Rahmenbedingungen von Wissenschaftskooperationen müssen klar definiert sein. Daher müssen diese Länder in ihrer wissenschaftlichen Kapazität nachhaltig gestärkt werden. Wissenschaftliche Kooperation im beiderseitigen Interesse und zum Nutzen aller Beteiligten leistet nicht nur einen wertvollen Beitrag zur Weiterentwicklung der Wissenschaft, sondern auch zu politischer Vielfaltigkeit